



VHD

Verband der Historiker und
Historikerinnen Deutschlands

VHD kritisiert Gesetzesentwurf „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Der VHD ist äußerst besorgt angesichts des geplanten Umbaus der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Der Gesetzesentwurf des Bundesinnenministeriums beabsichtigt den bisherigen Status der Stiftung und deren erinnerungspolitische Aufgaben gravierend zu verändern, ohne dass eine öffentliche Diskussion dieser geplanten Veränderungen stattgefunden hätte.

Der Entwurf sieht eine zusätzliche Stimme für den Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten im Stiftungsrat vor, der bis vor kurzem Vorsitzender des Bunds der Vertriebenen war. Praktisch würde dies bedeuten, dass der Bund der Vertriebenen künftig eine exekutiv abgesicherte Mehrheitsposition im Aufsichtsgremium der Stiftung besitzt. In einer demokratischen Gesellschaft müssen sich erinnerungspolitische Positionen jedoch in der öffentlichen Auseinandersetzung behaupten und auch wissenschaftlich überprüfen und herausfordern lassen, will man nicht schlechten Beispielen einer staatlich gelenkten Erinnerungspolitik folgen.

Zusammen mit strukturellen Veränderungen sieht der Gesetzesentwurf auch einen erinnerungspolitischen Paradigmenwechsel der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung vor. Er fokussiert die Aufgaben der Stiftung explizit auf das Leid der Deutschen und ersetzt die historische Kontextualisierung von Flucht und Vertreibung durch ein selbstbezügliches nationales Narrativ. Der dritte Namensbestandteil der Stiftung – Versöhnung – tritt auf diese Weise zugunsten einer deutschen Opfererzählung in den Hintergrund.

Der geplante Umbau der Stiftung und die damit verbundene erinnerungspolitische Neujustierung verstärkt damit die aktuellen Gefährdungen der Bemühungen um Versöhnung insbesondere mit den osteuropäischen Nachbarn der Bundesrepublik. Zudem verspielt man damit auch die gesellschaftspolitisch wichtige Chance, die Geschichte von Flucht und Vertreibung der Deutschen anschlussfähig für andere Erfahrungsgemeinschaften zu machen, die heute Teil einer zunehmend vielfältigen deutschen Gesellschaft sind. Entgegen der in den letzten Jahrzehnten mühsam gewonnenen Einsicht, dass die Bundesrepublik zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden ist, definiert dieser Gesetzesentwurf Deutsche wieder als Abstammungsgemeinschaft.

Der angestrebte strukturelle Umbau und erinnerungspolitische Paradigmenwechsel der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gefährdet somit gleichermaßen die europäische Verständigung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Bundesrepublik. Der VHD fordert daher eine breite gesellschaftliche und politische Diskussion dieses Gesetzesentwurfes, bei dem auch die fachhistorische Perspektive angemessen berücksichtigt werden muss.